

28.12.61

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt



Amherds Geheimplan

Geldregen für die Armee

In der Schweiz wird aufgerüstet wie noch nie. Beschlossen ist die Erhöhung des Armeebudgets auf ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Ständerat will nochmals vier Milliarden zusätzlich. Auf die Spitze treibt es Viola Amherd mit der Forderung nach einem Sondervermögen von 10 Milliarden Franken fürs Militär.

Von Tarek Idri

Bundesrätin Viola Amherd ist offenbar in Spendierlaune: Vor Kurzem wurde ein «Geheimplan» aufgedeckt, mit dem das Schweizer Militär in rekordverdächtigem Ausmass hochgerüstet werden soll. Amherd möchte die Armee mit einem Sondervermögen von 10 Milliarden Franken beglücken, um Waffen zu kaufen. Das sind 10 Milliarden zusätzlich zu einem Armeebudget, das in den kommenden Jahren bereits um drei bis vier Milliarden erhöht wird. Das Ziel der ambitionierten Kriegstreiberin ist, in kürzester Zeit noch viel mehr Geld für die Hochrüstung herbeizuschaffen.

Nach uns die Sintflut

Der «Geheimplan», der vom Tages-Anzeiger publik gemacht wurde, sei unter den restlichen Bundesrät:innen nicht auf Ablehnung gestossen, habe aber zu kritischen Fragen geführt. Unklar sei vor allem, wie das Geld zurückgezahlt werden soll. Die Finanzierung des Sondervermögens könnte laut Amherd durch ein Spezialgesetz möglich gemacht werden. Damit wird die Schuldenbremse umgangen und das Finanzdepartement kann sich um diese 10 Milliarden Franken zusätzlich verschulden. Das Vorhaben von Amherd besteht darin, dass die Gelder aus dem Sondervermögen nach 2045 wieder zurückgezahlt werden sollen. Das Problem, wie dieses Sondervermögen bezahlt werden soll, wird somit zwanzig Jahre in die Zukunft versetzt, frei nach dem Motto: Nach uns die Sintflut. Es ist klar, irgendjemand wird für diesen gigantischen Zustupf an die Armee aufkommen müssen. Und es zeichnet sich schon jetzt ab, wer das sein wird: die breite Bevölkerung.

Unsoziale Finanzierung

Von den bürgerlichen Parteien wird eine Neuverschuldung strikt abgelehnt. Was sie jedoch unterstützen werden, ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten des Militärs. In einem Vorstoss von Benedikt Würth (Mitte/SG) wird bereits konkret die Erhöhung der Mehrwertsteuer per 2026 um ein Prozentpunkt gefordert. Die bürgerlichen Schlaufüchse verbinden in diesem Vorstoss die Steuererhöhung fürs Militär mit der «Sicherung» der AHV: 0,6 Prozentpunkte sollen für die Finanzierung der 13. AHV-Rente verwendet werden, 0,4 Prozentpunkte für die Armee. Ein Schlag ins Gesicht sowohl für Friedensaktivist:innen wie für sozial gesinnte Menschen ist, dass die Motion auch von der Sozialdemokratie unterstützt wird. Unterschrieben wurde es von Eva Herzog, Daniel Jositsch und Franziska Roth. Haben die Sozialdemokrat:innen wirklich vergessen, dass die Mehrwertsteuer die unsozialste aller Steuern ist? Es handelt sich um eine indirekte Steuer, die auf Konsumgüter erhoben wird. Sie ist nicht lohn- oder vermögensabhängig, sondern betrifft alle gleichermassen. Das bedeutet: je ärmer eine Person ist, desto stärker ist ihr Budget betroffen, desto mehr Mehrwertsteuer muss sie prozentual zahlen (bei gleichem Konsum). Die Erhöhung der Mehrwertsteuer sollte deshalb immer und in jedem Fall abgelehnt werden, – und eine, die dem Militär und der Waffenindustrie zugute kommt, umso mehr. Selbst eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der AHV ist abzulehnen, da sie direkt dem gerechten Verteilungsprinzip der AHV entgegenwirkt und es untergräbt.

Waffen statt Vermittlung

Die Hochrüstung der Schweizer Armee ist bereits beschlossene Sache. Wir erinnern: Die bürgerliche Parlamentsmehrheit konnte 2022 durchsetzen, dass das Militärbudget bis 2030 auf ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht wird, von 5,4 Milliarden auf bis zu neun Milliarden. Das Ziel wurde in der Zwischenzeit etwas abgebremst und die Zeitspanne der Erhöhung auf 2035 ausgedehnt. Im Juni dieses Jahres hat dann aber der Ständerat beschlossen, den Zahlungsrahmen für das Militär von 2025 bis 2028 nochmals um vier Milliarden aufzustocken. Der Grossteil der neuen Mehrausgaben möchten die Politiker:innen im Stöckli durch Kürzungen in der internationalen Zusammenarbeit und in der Bundesverwaltung zusammenbringen. Die «NZZ» ist überzeugt, dass der Nationalrat im September bei diesem Entscheid nachziehen wird.

Der Armee stehen goldene Jahre bevor. Die Politiker:innen in Bundesbern übertrumpfen sich gegenseitig regelrecht mit immer ausgefalleneren Ideen, wie man noch grössere Unsummen in die Vorbereitung auf den Krieg, in die Hochrüstung der Armee stecken könnte. Dass man die Gelder für die internationale Zusammenarbeit kürzt und sie dem Militär zuschanzt, zeigt genau, wo die Prioritäten der herrschenden Klasse der Schweiz liegen: Sie setzen auf Waffen statt Vermittlung, auf Blockbildung statt Kooperation, auf Krieg statt Frieden.

Für die Erhöhung der Mehrwertsteuer gilt das obligatorische Referendum, bei Amherds 10-Milliarden-Paket muss das Referendum ergriffen werden. Es sollte klar sein, dass wir Friedensbewegte uns diesen Vorhaben widersetzen müssen und die Referenden unterstützen, wenn die Vorlagen durchkommen. Dieser blinden Aufrüstungswut, die uns in den Abgrund reissen wird, müssen wir uns entgegenstellen.

Aus dem Inhalt

Uni-Besetzungen für Palästina	2
Ja zum Frieden, Nein zur NATO	3
Assange ist frei	4
Friedenspreise an Anne Applebaum?	5
Faschisten in der Ukraine	6
Die Schweiz und einseitige Sanktionen	7
75 Jahre NATO sind zuviel	8

UNO-Weltfriedenstag vom 21. September

Für den Frieden auf die Strasse!

Der 21. September wurde von der UNO-Generalversammlung zum Internationalen Tag des Friedens erklärt. Weltweit sollen an diesem Tag die Waffen ruhen; Feindseligkeiten und gewaltsame Konflikte müssen eingestellt werden. Es ist ein internationaler Aufruf, uns entsprechend unseren Möglichkeiten für den Frieden einzusetzen.

Die Schweizerische Friedensbewegung wird am 21. September und in der Woche davor in verschiedenen Städten der Schweiz die Anliegen des Weltfriedentages auf die Strassen tragen und die Bevölkerung an Standaktionen über Krieg und Frieden informieren.

Standaktionen der SFB:

18. September

Aarau: 6.30–8.30h, vor dem Bahnhof Aarau

19. September

Bern: 15–18h, Bahnhofplatz Bern, Westseite der Heiliggeistkirche

20. September

Winterthur: 15–18h, Kesselhausplatz vor der Migros

21. September

Basel: 14–18h, Claraplatz

Zürich: 14–18h, Limmatplatz vor der Migros

Alle Updates und aktuelle Infos zu den Aktionen findet man auf:
www.friedensbewegung.ch.

Wir freuen uns über deine Mithilfe. Interessierte, auch für Aktionen an anderen Orten, wenden sich an: mail@friedensbewegung.ch



Unsere Welt braucht deine Unterstützung!

Ohne dich keine UW!

Die Friedenszeitung «Unsere Welt» beleuchtet viermal im Jahr unabhängig, hintergründig und kritisch das Weltgeschehen abseits des Mainstreams. Wie bei all unseren Aktivitäten sind wir von der Schweizerischen Friedensbewegung SFB dafür auf die grosszügige finanzielle Unterstützung unserer Mitglieder und Friedensfreund:innen angewiesen.

Spende einfach und bequem mittels QR-Code.

Oder über folgendes Konto:

IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Vielen Dank!

Friedensbewegung
Riehentorstrasse 27
Postfach
CH-4001 Basel



Uni-Besetzungen für Palästina

«Der Kampf ist nicht beendet»

Die Uni-Besetzungen gegen den Krieg und den Genozid in Palästina haben für einige Schlagzeilen gesorgt. Im Interview erklären Vertreter:innen von UniBas4Palestine (UB4P), welche die Besetzungen an der Uni Basel organisierten, weshalb sie sich für Palästina einsetzen, wie die Auseinandersetzungen mit der Uni-Leitung verlaufen sind und wie es weitergeht mit der Bewegung.

Von Ephraim Piatti

Warum setzt ihr euch für Palästina ein?

UniBas4Palestine: Der Genozid, der aktuell in Palästina passiert, ist das Resultat eines imperialistischen, siedlerkolonialistischen Projekts, das schon vor 1948 in Palästina lief. Dieses Land war schon immer ein umkämpftes Gebiet, zuvor wurde es von den Engländern besetzt. Es hat strategisch wichtige Aspekte wie den Suezkanal und die Golanhöhen, weshalb es als Tor zur Region betrachtet werden kann und somit von den imperialistischen Kräften, allen voran der USA, kontrolliert werden möchte oder gar muss. Der Kampf für ein freies Palästina und somit auch der antizionistische Kampf, insofern man Zionismus als eine siedlerkolonialistische, nationalistiche und rassistische Ideologie versteht, ist auch ein antikapitalistischer und anti-imperialistischer Kampf. Palästina ist der Teil der Welt, in dem die Widersprüche und die Gewalt des Imperialismus am deutlichsten sichtbar sind. Aber wie wir von Karl Liebknecht (einem bekannten deutschen Antimilitaristen, Anm. d. Red.) wissen, muss dieser Kampf auch gegen den Feind im eigenen Land geführt werden. Für uns bedeutet das, dass wir den Kampf an Schweizer Fronten wie der Universität führen müssen.

Wie kamen die Besetzungen an den Schweizer Universitäten zustande und wie lief es bei euch an der Uni Basel?

Die erste Besetzung in der Schweiz war in Lausanne, beinahe zeitgleich entwickelten auch wir in Basel den Plan, die Uni zu besetzen. Dies wurde dann in einer gemeinsamen Aktion vieler verschiedener antikapitalistischer und kommunistischer politischer Akteur:innen innerhalb einer Woche verwirklicht. Für diese Zusammenarbeit wurde informell die Gruppe UniBas4Palestine gegründet, um das Bewusstsein der verschiedenen Akteur:innen in einer übergeordneten gemeinsamen Aktion zu bündeln. Während der ersten Besetzung schafften wir es, zwei Nächte zu

bleiben und einen guten Kontakt aufrechtzuerhalten, was einen grossen Erfolg darstellt. Trotzdem wurden wir am Mittwochnachmittag geräumt – woraufhin wir in der nächsten Woche zwei neue Gebäude besetzten.

Ist ein Diskurs mit der Uni, die eure Hauptforderungen (Encampment bleibt, Einstellung der Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen, die am Genozid beteiligt sind) von vornherein ablehnt, überhaupt sinnvoll?

Ein Teil unserer Diskursforderungen diente dazu, öffentlichen Druck auf die Uni aufzubauen. Es gab schon vor den Besetzungen Teile der Studierendenschaft, die versucht haben, dieses Thema mit der Universität zu diskutieren. Obwohl die dort gestellten Forderungen weniger weit reichten als die während der Besetzung, hat die Universität dennoch jeglichen Austausch unterbunden. Dennoch haben wir versucht, als es das Encampment noch gab, einen ernsthaften Diskurs mit der Uni zu führen, da wir wussten, dass wir mit der Besetzung eine gewisse Verhandlungsgrundlage haben, die bei Aufgabe des Encampments nicht mehr vorhanden ist. Sobald wir entfernt werden oder freiwillig gehen (Teil der Forderungen der Uni, um überhaupt erst auf ein Gespräch mit uns einzusteigen), ist diese Verhandlungsgrundlage nicht mehr vorhanden und die Uni kann uns danach wieder mit Abmahnungen und leeren Versprechen hinhalten.

Möchtet ihr etwas zu euren Forderungen sagen?

Die Umsetzung unserer Forderungen allein würde nicht ausreichen, um den Genozid in Palästina zu stoppen. Dafür benötigt es ein Ende des Imperialismus. Trotzdem sind unsere Forderungen wichtig, da sie einen Anknüpfungspunkt für Menschen unabhängig von ihrem Bewusstseinsstand und ihrer Analyse über die Situation in Palästina bieten. Gleichzeitig sollen diese Forderungen aber auch eine politische Schlagkraft haben,

also als umsetzbare konkrete Forderungen formuliert sein. Wir denken auch, dass diese konkreten Forderungen eine Stärke von uns sind.

Was sagt ihr zum Narrativ, dass es keine Studierenden bei der Besetzung gab?

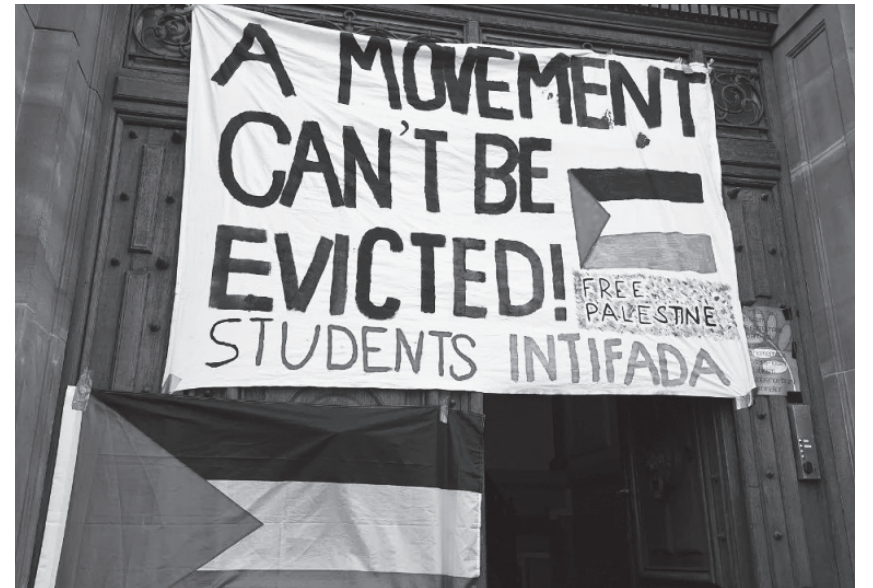
Die Aussage ist falsch und wird von der Universität verwendet, um die Räumungen zu rechtfertigen. Am Anfang waren es eigentlich ausschliesslich Studierende, die sich für die Besetzung engagiert haben, aber mit dem klaren Verständnis, dass wir zwar an der Uni kämpfen, aber nicht nur Studierende organisieren wollen, sondern alle, die sich im Kampf gegen Apartheid und Genozid an der Uni beteiligen wollen. Das haben wir auch öffentlich so kommuniziert, woraufhin sich auch Nicht-Studierende unserem Kampf angeschlossen haben. Aber auch die Teilnahme von Nicht-Studierenden an unserer Bewegung heisst nicht, dass wir keine Studierendenbewegung sind und dass es nicht Angehörige der Universität waren, die die Besetzungen vorangetrieben haben.

Wie seid ihr den bürgerlichen Medien gegenüber aufgetreten?

Wir hatten designierte Mediensprecher:innen, welche die Kommunikation mit den Medien übernommen haben. Leute, die sich der Besetzung angeschlossen haben, wurden dazu aufgefordert, nicht selbstständig mit Journalist:innen zu sprechen. Auch wenn die Journalist:innen natürlich versucht haben, diese Regelungen zu umgehen.

Ich war auch vor Ort, eure Aktion hat gut organisiert gewirkt. Würdet ihr dem zustimmen?

In gewissen Bereichen ja, in anderen war es zuerst ziemlich chaotisch. Wir



«Eine Bewegung kann nicht geräumt werden!» Banner vor der Uni Basel. Quelle: UB4P.

konnten aber vieles durch die gute Vernetzung mit den anderen Encampments in der Schweiz übernehmen. Auch die Vernetzung mit politischen Organisationen, durch teilnehmende individuelle Akteure dieser, konnte dabei helfen.

Wo liegt das Potenzial und wie geht es weiter mit UniBas4Palestine?

Eine Studierendenbewegung bietet verschiedenes Potenzial. Studierende sitzen an einem spannenden gesellschaftlichen Punkt durch einen Wissenschaftsbetrieb, in dem eine gewisse Art von Diskurs geführt wird, die aber auch einen Ansatzpunkt bieten kann. Auch haben Studierende tendenziell mehr freie Zeit als andere Teile der Gesellschaft und somit besonderes Potenzial zur politischen Organisation. Trotzdem können wir eine Studierendenbewegung natürlich nicht vom Rest der Gesellschaft und anderen stattfindenden gesellschaftlichen Kämpfen trennen.

Was die konkrete Arbeit angeht: Klar ist, dass unser Kampf noch nicht beendet ist und wir uns im Herbst weiter organisieren werden. Bisher ist uns die Universität nur mit Polizeigewalt begegnet, unsere Forderungen haben sie noch nicht wahrgenommen. Welche Form und welchen Inhalt die

ser Kampf annimmt, werden wir im nächsten Semester sehen. Aber die Besetzungen haben uns bewiesen, dass wir als Angehörige der Universität auch in der Lage sind, einen Druck auf sie auszuüben, und dass wir von zumindest Teilen der Studierendenschaft positiv wahrgenommen werden. Es gilt nun, diesen Druck weiterzuführen und der Universität zu zeigen, dass sie uns nicht einfach bedrohen oder ignorieren können.

Auch während des Sommers geht unsere Arbeit weiter. Es geht um aktive nationale und internationale Vernetzung und um inhaltliche Diskussionen über unser Verständnis und unsere Analyse von Palästina, anticolonialen und antiimperialistischen Kämpfen.

Es ist klar, dass zuerst kurzfristig die Besetzungen im Vordergrund standen und nun langfristig geplant werden muss. Das wird in unseren Vollversammlungen gemacht (an denen auch alle SFB-Mitglieder herzlich willkommen sind). Nun müssen wir schauen, wie wir diese Kraft der neuen Studierendenbewegung weitertragen und sie in den übergeordneten Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus einordnen können. Klar aber ist, dass wir die Kraft weitertragen werden. Der Kampf ist noch nicht vorbei.

Amazon, Google und Microsoft im Gaza-Krieg

Krieg mit KI

Israels Armee setzt auf Big Tech. Amazon und Google liefern nicht nur Speicherplatz, sondern auch Künstliche Intelligenz (KI). Was steckt hinter diesen Verbindungen?

Von Marcel Kunzmann

Dass die israelischen Streitkräfte (IDF) zu den modernsten und bestausgestatteten Armeen der Welt gehören, ist gut bekannt. Weniger bekannt ist der Anteil, den zivile westliche IT-Riesen daran haben. Wie Recherchen des Magazins 972+ ergeben haben, spielen die Cloud-Dienste Amazon Web Services, Googles Cloud und Microsoft Azure eine wichtige Rolle für die technische Infrastruktur im Gaza-Krieg. Auch Künstliche Intelligenz (KI) kommt dabei zum Einsatz.

Militärserver gerieten an ihre Grenzen

Öffentlich wurde dies durch eine Aussage von Oberst Racheli Dembinsky, Kommandant des Zentrums für Computer- und Informationssysteme der IDF, die +972 zugespielt worden ist.

Cloud-Dienste werden für die Speicherung riesiger Datenmengen benötigt, wie sie beispielsweise für Personenprofile und andere Formen von Überwachungsdaten anfallen. Anders als bei militärischen Computern bleiben die Daten in diesem Fall auf den Servern von (zivilen) Drittanbietern, die ihren Speicherplatz als Dienstleistung anbieten.

Laut Aussagen von Dembinsky nutzt die Armee bereits seit geraumer Zeit eine «operative Cloud», die auf nicht-öffentlichen, militärischen Servern gehostet wird. Die interne Cloud diene primär als «Waffenplattform», die Anwendungen zur Markierung von Zielen für Bombardierungen, ein Portal zur Live-Steuerung von Drohnen sowie andere Feuer- und Befehlssysteme umfasst.

Mit Beginn des Gaza-Kriegs im Oktober 2023 sei die interne Cloud jedoch an ihre Grenzen gelangt, so Dembinsky. Die gestiegene Nutzerzahl (in Form neuer Accounts für Soldaten) habe zu technischen Problemen geführt, die auch durch die Nutzung militärischer Reserverserver nicht gelöst werden konnten. Deshalb sei man «in die zivile Welt aufgebrochen», um Lösungen zu finden.

«Dual-Monitor-Krieg» mit Amazon

Neben einem Upgrade des Cloudspeichers habe man von den «Big Tech»-Firmen auch KI-Tools bezogen, über deren genauen Inhalt sie in dem Vortrag nichts verriet. Die Hinzuziehung ziviler Cloud-Dienste habe den israelischen Streitkräften eine «sehr

hohe operative Wirksamkeit» im Gazastreifen verliehen, so Dembinsky. Wie gemeinsame Recherchen von 972+ und dem Magazin Local Call ergeben haben, seien «einige nachrichtendienstliche Informationen, die im Rahmen der Massenüberwachung der Bevölkerung in Gaza gesammelt wurden, auf Servern gespeichert, die von Amazon Web Services verwaltet werden.»

Insbesondere Amazon Web Services arbeite eng mit den israelischen Streitkräften zusammen und betreibe eine eigene Serverfarm für die Speicherung von Überwachungsdaten für Israels Militär.

Google entlässt Mitarbeiter

Die Kooperation der israelischen Armee mit Google und Amazon reicht mindestens bis ins Jahr 2021 zurück. Damals unterschrieb die israelische Regierung einen «Projekt Nimbus» genannten Vertrag, der die Nutzung von «umfassenden Cloudlösungen» inklusive Zugang zu KI-Tools im Wert von 1,2 Milliarden US-Dollar vorsah.

Bereits kurze Zeit nach dem Bekanntwerden protestierten Mitarbeiter beider Unternehmen mit einem offenen Brief im britischen Guardian. Infolge des Gaza-Kriegs haben sich die internen Widerstände nochmals vergrössert – ebenso wie die Repression von Seiten der Geschäftsführung. Wie der Guardian berichtet, wurden dieses Jahr 50 Google-Mitarbeiter entlassen, die der Kooperation mit Israels Militär kritisch gegenüberstanden.

Quelle: Telepolis

Forderungen von UB4P

(E.P.) Die Organisation UniBas4Palestine (UB4P) wurde gegründet, um den Kampf für ein freies Palästina in die Schweiz, insbesondere nach Basel, zu tragen. Da die Forderungen, die UB4P während der Besetzung der Uni formuliert hatte, zentral für die Auseinandersetzung mit der Uni-Leitung waren, haben wir uns gemeinsam entschieden, sie auch hier zu veröffentlichen:

1. Sofortige Einstellung der Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen, bis Israel einen dauerhaften Waffenstillstand akzeptiert, das Völkerrecht einhält und die Apartheid beendet. Dies schliesst Finanzierungsprogramme und Projekte ein, die von israelischen Institutionen und der Universität Basel unterstützt werden.
2. Eine Kommission der Universität Basel sollte die Vereinbarungen zwischen der Universität Basel und israelischen Institutionen auf ihre konkrete Beteiligung am Völkermord prüfen. Zwei Mitglieder der Studierendenschaft sollten Teil dieser Kommission sein.
3. Eine proaktive Politik der Aufnahme und Unterstützung palästinensischer Studierenden und Forschenden.
4. Entschiedene Verurteilung der Zerstörung von Universitäten im Gazastreifen und der Ermordung von Akademiker:innen und Student:innen im Gazastreifen.
5. Keine Repressionen seitens der Universität Basel und des Staates gegenüber legitimen studentischen Protesten.
6. Transparenz: Die Universität Basel muss ihre Finanzierungsquellen, einschliesslich philanthropischer Unterstützung, vollständig veröffentlichen.



Protest des Weltfriedensrats gegen die NATO in Lissabon, Portugal. Quelle: zVg.

SFB-Kampagne

Ja zum Frieden, Nein zur Nato

Das westliche Kriegs Bündnis NATO stellt heute eine der grössten Bedrohungen für den Weltfrieden dar. Der Bundesrat drängt auf eine verstärkte Annäherung und Integration in die Strukturen des Militärblocks. Die Schweizerische Friedensbewegung SFB stellt sich dagegen. Mit einer neuen Kampagne ruft die SFB zu einem lauten und deutlichen Nein zu einem NATO-Beitritt der Schweiz auf.

Die NATO (Englisch: North Atlantic Treaty Organization) ist das wichtigste Militärbündnis der westlichen Mächte und die grösste und gefährlichste militärische Organisation der Welt. Das Bündnis wird angeführt und massgeblich bestimmt von den USA, es ist eng verbunden mit der Aussen- und Wirtschaftspolitik sowohl der USA als auch der EU.

Nukleares Bündnis

Der Einsatz von Atomwaffen durch NATO-Staaten ist Teil ihrer Strategie. Das Kriegs Bündnis bezeichnet sich selbst als «nukleares Bündnis». Verschiedene NATO-Länder, die keine eigenen Atomwaffen haben, werden über die sogenannte nukleare Teilhabe in die Atomwaffenplanung der NATO und der USA eingebunden. Heute haben die USA in Deutschland, Belgien, Italien, in den Niederlanden und in der Türkei Atomwaffen stationiert. Die Stationierung und der mögliche Einsatz von Atomwaffen sind also mit der NATO und der Mitgliedschaft in der NATO verbunden.

Geschichte

Gegründet wurde die NATO am 4. April 1949 von zwölf Ländern aus Europa und Nordamerika, darunter mehrere unterdrückerische Kolonialmächte und die damalige faschistische Diktatur Portugals. Der ausschlaggebende Grund für die Schaffung der NATO waren die Spannungen nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen den USA und ihren Verbündeten auf der einen Seite und der Sowjetunion auf der anderen Seite. Mit der Gründung der NATO war die Phase des Kal-

ten Krieges eingeläutet. Der Begriff «Kalter Krieg» beschreibt die Zeit von 1945 bis etwa 1991, in der sich zwei ideologisch und wirtschaftlich verschiedene Systeme gegenüberstanden. Der Zweck der NATO war in dieser Zeit, einen militärischen Block gegen die Sowjetunion aufzubauen. Die osteuropäischen Staaten schlossen sich als Reaktion 1955 im sogenannten Warschauer Pakt zusammen.

Während des Kalten Krieges trug die NATO zum Wettrüsten zwischen Ost und West bei und war mit der geheimen Operation Gladio auch an der Repression gegen linke Bewegungen im Westen und an den Putschen in Griechenland 1967 und der Türkei 1980 beteiligt.

Der Warschauer Pakt und seine militärischen Strukturen wurden 1991 aufgelöst. Seit Beginn nahm die NATO für sich in Anspruch, den sogenannten freien Westen gegen den angeblich aggressiven Kommunismus zu verteidigen. Wäre dies tatsächlich die Existenzberechtigung der NATO gewesen, hätte sich auch die NATO 1991 auflösen müssen. Dies geschah jedoch nicht.

NATO-Angriffskrieg in Jugoslawien

Nach 1990 entwickelte sich die NATO sehr schnell zu einem Interventionsbündnis zur militärischen Durchsetzung westlicher Interessen. Was diese Neuausrichtung der NATO bedeutete, zeigte sich im Umgang mit dem ehemaligen Jugoslawien. In den Neunziger Jahren gab es in Jugoslawien nationalistische und separatistische Bestrebungen innerhalb der ver-

schiedenen ethnischen Gruppen und es kam zu gewaltsamen Konflikten. Ab 1995 intervenierte die NATO in die Konflikte. Ende März 1999 startete sie schliesslich einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg mit einer umfangreichen Bombardierungskampagne in Serbien und Montenegro. Von Seiten der NATO wurde erwiesenermassen gelogen, um den Krieg gegen Jugoslawien zu rechtfertigen: Unter anderem wurden Pläne über ethnische Säuberungen durch die serbische Armee im Kosovo und sogar ganze Massaker erfunden.

Gegenwart

Seit den Neunziger Jahren hat die NATO die Zahl ihrer Mitglieder und ihrer Kriegsschauplätze ausgedehnt. 1999 wurden Polen, Ungarn und Tschechien zu NATO-Mitgliedern, 2004 die baltischen Länder. Damit hatte sich das westliche Kriegs Bündnis auf das Gebiet des Warschauer Pakts erweitert, obwohl der sowjetischen Seite versprochen wurde, die NATO weder auf das Gebiet der DDR noch auf Osteuropa auszudehnen. Neben weiteren osteuropäischen Ländern sind mittlerweile auch Schweden und Finnland Mitglieder des Bündnisses. Die NATO steht also in vielen Fällen direkt an der Grenze zu Russland. Verschiedene Länder, darunter die Schweiz, haben Verbindungen zur NATO über Kooperationsprogramme. Diese Ausdehnung und Vergrösserung der NATO Richtung Osten und mittels Militärkooperation enthüllt ihren eigentlichen Zweck: Sie ist ein entscheidendes Werkzeug zur militärischen Beherrschung der Welt.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die NATO zusammen mit ihren Verbündeten Afghanistan, den Irak, Libyen und Syrien überfallen, um die Regierungen dieser Länder zu stürzen. Bei keinem dieser militärischen Angriffe ging es um Demokratie und Frieden, es ging um die gewaltsame Kontrolle der Macht über Ressourcen und Profite für die NATO-Länder. Das Ergebnis war der Tod unzähliger Menschen, Zerstörung und Vertreibung.

2014 bewirkten die Vereinigten Staaten mit Unterstützung der NATO den gewaltsamen Sturz der Regierung der Ukraine und ersetzten sie durch ein US-freundliches Regime. In der Folgezeit nahmen die Spannungen zwischen der NATO und Russland zu, bis 2022 die militärische Offensive Russlands in der Ukraine eine neue Eskalationsstufe erzeugte. Das Vorgehen Russlands ist unter anderem die Folge des Bruchs von Zusagen der NATO, sich nicht nach Osten auszudehnen, und der Missachtung des Prinzips, dass die Sicherheit eines Landes nicht auf Kosten der Sicherheit eines anderen Landes gehen dürfe. Der Ukraine-Krieg ist zu einem Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland geworden. Es ist

ein Krieg, in dem sich Atommächte gegenüberstehen – die Situation ist brandgefährlich!

Die Schweiz und die NATO

Und die Schweiz? Die Schweiz ist schon seit längerer Zeit durch die «Partnerschaft für Frieden» in die Strukturen der NATO eingebunden, eine Partnerschaft, die mit Frieden nichts zu tun hat. Die Schweiz nimmt regelmässig an NATO-Kriegsübungen teil (z.B. an der Kampfjet-Übung NATO Tiger Meet) und beteiligt sich mit über 200 Soldat:innen am KFOR-Militäreinsatz der NATO in Kosovo.

Der Bundesrat treibt die Schweiz immer weiter in die Arme des aggressiven NATO-Militärbündnisses: Die vertiefte Integration der Schweizer Armee in die NATO-Strukturen ist erklärtes Ziel der gegenwärtigen Regierung. Der Bundesrat erlaubte der NATO, ein Verbindungsbüro in Genf zu eröffnen, die erste permanente Präsenz des Kriegs Bündnisses in der Schweiz. In Zukunft sollen im Rahmen des PESCO-Projekts NATO-Streitkräfte einfacher und ohne Bewilligung durch die Schweiz transportiert werden können. Der Bundesrat hat den Beitritt zum Sky-Shield-Projekt beschlossen. Bei Sky Shield handelt es sich um ein NATO-Projekt im Bereich der Flugabwehr, welches explizit gegen Russland ausgerichtet ist. Auch die militärtechnologische Abhängigkeit von der NATO nimmt zu. Bundesrätin Amherd kaufte beispielsweise die F-35-Kampfjets, welche nur mit Einwilligung der NATO eingesetzt werden können.

Der Bundesrat verschliesst bewusst die Augen vor der Tatsache, dass die NATO ein Kriegs Bündnis ist, das

in der Vergangenheit selbst völkerrechtswidrige Kriege gegen verschiedene Länder vom Zaun gebrochen hat und massgeblich an der Eskalation des Ukraine-Konflikts beteiligt gewesen ist. Insbesondere der NATO-Krieg in Jugoslawien hat schon vor Jahrzehnten die Chance auf Sicherheit in Europa und darüber hinaus nachhaltig getrübt; die systematische Einkreisung Russlands durch die NATO-Osterweiterung in den folgenden Jahren trug ihr weiteres dazu bei.

Konsequent für Frieden

In Zeiten wie diesen ist der Einsatz für den Frieden, Diplomatie und Neutralität dringender und notwendiger denn je: Krieg in der Ukraine, in Gaza und unzählige weitere Konflikte verursachen enormes Leid und Zerstörung. Der Westen setzt auf Gewalt und Konfrontation. Humanitäre Werte, Friedensförderung und Kooperation werden über Bord geworfen. Stattdessen werden Aufrüstung, Kriegshetze und Blockbildung forciert. Diese Entwicklungen machen deutlich, dass es eine starke Kraft für den Frieden braucht in der Schweiz und weltweit. Die Schweizerische Friedensbewegung SFB tritt als einzige Friedensorganisation in der Schweiz konsequent für friedliche Lösungen und die Wahrung der Neutralität ein und lehnt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und Aufrüstungsbestrebungen im Inland ab. Wir sagen entschieden Nein zu einem NATO-Beitritt und Nein zu einer weiteren Annäherung an die NATO! Unterstütze und stärke die Friedensbewegung, wir brauchen dich!

Mehr Informationen zur Kampagne: friedensbewegung.ch/nein-zur-nato



Neue Initiative

Atomwaffen verbieten, jetzt!

Von Franziska Genitsch-Hofer

Die Schweizerische Friedensbewegung hat im Januar dieses Jahres eine Petition mit über 5000 Unterschriften an den Bundesrat eingereicht mit der Forderung: «Die Schweiz muss unverzüglich dem UNO-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich aktiv für das Verbot und die Vernichtung von Atomwaffen einsetzen».

Es freut uns sehr, dass unser Vorstoss nun aufgegriffen worden ist von einer breiten Allianz für ein Atomwaffenverbot, die mit einer Volksinitiative unserer Forderung Nachdruck verleihen will, was wir sehr begrüßen.

Die Schweizerische Friedensbewegung wollte sich natürlich sofort der Allianz von über 20 Organisationen anschliessen. Leider sind wir mit unserem Anliegen zurückgewiesen und aus der breiten Front ausgeschlossen worden. Als Begründung wird uns vorgeworfen, dass wir die russischen Atomwaffen nicht verurteilen würden. Das stimmt natürlich hinten und vorne nicht.

Aus unserem Petitionstext geht deutlich hervor, dass wir uns für ein weltweites Verbot aller Atomwaffen einsetzen. Seit der Gründung der Schweizerischen Friedensbewegung in Jahre 1949 ist die Forderung nach einem Verbot von Atomwaffen eines unserer Hauptanliegen und das wird auch so bleiben, bis die Gefahr eines alles zerstörenden Atomkriegs gebannt sein wird.

In diesem Sinne unterstützen wir die Atomwaffenverbots-Initiative natürlich trotzdem und fordern alle dazu auf, diese zu unterschreiben. Uns geht es nämlich um die Sache und nicht um allfällige Differenzen in der Beurteilung der Weltlage, die mit dieser Forderung absolut nichts zu tun haben. Es wäre ja gerade die Stärke einer Allianz, dass man sich auf ein gemeinsames Anliegen einigen kann. Es ist schade, dass es in diesem Fall nicht gelingen konnte.

Infos zur Initiative: www.atomwaffenverbot.ch

Aufruf der Friedensbewegung

Nein zum NATO-Beitritt!

Die NATO ist ein aggressives Militärbündnis, das immer wieder Kriege und Konflikte erzeugt hat und massgeblich an den gegenwärtigen internationalen Spannungen Verantwortung trägt. Die Schweizer Regierung betreibt einen schrittweisen Beitritt zum nuklearen Bündnis NATO mit einer immer stärkeren Integration in die militärischen Strukturen der NATO.

Will die Schweiz einen Beitrag für Frieden in Europa und international leisten, muss sie sich einem Beitritt zur NATO und einer weiteren Annäherung unter allen Umständen widersetzen. Die Wahrung der Neutralität ist dabei unerlässlich.

**Frieden auf der Welt gibt es nur ohne NATO.
Nein zum NATO-Beitritt und Nein zur weiteren Annäherung an die NATO!**

Unterschreibe den Aufruf:
www.friedensbewegung.ch/nein-zur-nato



Julian Assange (rechts) nach seiner Freilassung. Quelle: zVg.

Ein Schritt vorwärts – der Skandal bleibt Assange ist frei

Eine nie enden wollende Story findet ihren Abschluss. Oder eben doch nicht? Die Causa Assange ist vielschichtig. Die Verfolgung war aus seiner persönlichen und familiären Sicht eine Tragödie. Aus politischer Sicht war sie ein Skandal und aus medialer Sicht eine schreckliche Offenbarung.

Von Alva Noi

Im April 2010 veröffentlichte WikiLeaks den Film «Collateral Murder». Die Folgen der Publikation wurden für WikiLeaks-Gründer Julian Assange zu seinem Schicksal: 14 Jahre Verfolgung. Ohne Urteil verbrachte er die letzten fünf Jahre isoliert in einem Hochsicherheitstrakt in London. WikiLeaks liess nicht locker und doppelte regelmässig nach: Vault 7 und Dokumente aus Afghanistan folgten als weitere Höhepunkte mit Langzeitwirkung. Die Betreiber der Plattform verstanden sich als Anlaufstelle für Whistleblower. Unethisches Verhalten von Regierungen soll öffentlich werden. Vault 7 zeigt die Fähigkeiten

der Cyberkriegsführung und elektronischen Überwachung der Amerikaner. Die Dokumente aus Afghanistan bewiesen das Wissen der amerikanischen Regierung über die Ausweglosigkeit des Krieges im Hindukusch.

Auf der anderen Seite liessen auch die Vereinigten Staaten nicht locker und agierten zunehmend dreister gegenüber WikiLeaks und dessen Gründer. Diskreditierung, Überwachung, Einschränkung der Verteidigung... Den Höhepunkt bildeten die Mordpläne der CIA. Assange avancierte zur absoluten «Persona non grata», bei deren Bekämpfung die Willkür der USA keine Grenzen mehr kannte.

Für Assange stand nicht weniger als sein Leben auf dem Spiel: Entweder durch die Hinrichtung nach der Todesstrafe oder dann durch die langsame Verwesung durch eine lebenslange Inhaftierung in Einzelhaft. Beides waren wahrlich keine erbauenden Perspektiven. Umso verständlicher, dass jedes Strohalm Hoffnung versprach. Wie geht es ihm heute? Seine gesundheitlichen Schäden? Man weiss es nicht. UN-Diplomat Nils Melzer beschrieb die Haftbedingungen als Folter. Die fünf Jahre Haft in einer Zelle von drei auf zwei Metern in immerwährender Todesangst müssen ihre Spuren hinterlassen haben. Das wissen nicht nur seine Angehörigen. Das wissen auch seine Peiniger. Und für sie war es ein Akt mit Kalkül. Denn schliesslich geht es um mehr als die Gesundheit eines einzelnen Mannes. Noch so gerne hätten sie ihn um die Ecke gebracht. Alle sollen es wissen. Es soll eine Grenze in der Berichterstattung geben. Wer diese rote Linie überschreitet, der oder die lebt gefährlich!

Wieso jetzt die Freilassung?

Die Frage lässt sich nicht klären, Antworten bleiben Vermutungen. In England standen Wahlen an. Dass Labour gewinnen würde, das wurde angenommen. Hätte die neue Regierung Druck auf die Richter ausgeübt, eine Auslieferung fallen zu lassen? Geht so etwas? Immerhin dürfen aus England keine politischen Gefangenen ausgeliefert werden, denen die Todesstrafe droht. Und in England wurde ihm ja nichts vorgeworfen. Da hätten also die Wahlen in England Einfluss auf den Ausgang des Falls Assange haben können. Oder haben die US-amerikanischen Wahlen eine Rolle gespielt? Wollten die Demokraten den längst obsoleten Fall nicht in den Wahlkampf mitnehmen? Sicher ist, dass die australische Diplomatie aktiv wurde. Dies sagte zumindest die Anwältin von Julian Assange, Jennifer Robinson. Und sie musste es wissen. Die Nachricht, Assange befinde sich auf dem Weg nach Australien – auf dem Umweg über eine juristische Aussenstelle der USA auf einer Insel vor Australiens Küste – kam jedenfalls überraschend.

Mit Schuldeingeständnis

Möglich wurde die Freilassung durch einen Deal. Assange bekannte sich

der Spionage schuldig und wurde dafür zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Unter Berücksichtigung der fünf Jahren Auslieferungshaft in Belmarsh konnte er im Gegenzug sofort freigelassen werden. Ein verständlicher Handschlag von Assange nach 14 Jahren Verfolgung. Doch was heisst er für die Pressefreiheit? Immerhin wurde Assange für das verurteilt, was jeder Journalist eigentlich tun sollte: Den Mächtigen auf die Finger klopfen, wenn sie sich nicht ans Recht halten. Insofern bleibt mehr als ein Wermutstropfen zurück, auch wenn kurzfristig das Glück über die Familienzusammenführung dominiert.

Mehr als eine Justizposse

Die Verfolgung von Assange ist und bleibt ein politischer Skandal. Durch seine Veröffentlichungen erhielt der «tiefe Staat» in den USA Konturen. Vieles, was im Bereich von Vermutungen bis Verschwörungen geblieben wäre, konnte plötzlich mit Dokumenten unterfüttert werden. Die USA spionieren befreundete Länder aus, stürzen unliebsame Regierungen, beugen ihr eigenes Recht im Kampf gegen den Terrorismus, begehen Kriegsverbrechen, ahnden diese Kriegsverbrechen nicht, belügen das eigene Volk, foltern ihre Gefangenen... Die Liste an Gräueltaten lässt sich leicht fortsetzen. WikiLeaks spielt im Kampf um Wahrheit eine überragende Rolle. Die Plattform macht es Whistleblowern möglich, Unrecht unentdeckt zu veröffentlichen. Und darum ging es: Diese Möglichkeit zu zerstören.

Die Problematik stellte sich bereits im Jahre 1971, bei den Pentagon Papers. Durch die Veröffentlichung geheimer Dokumente wurde die jahrelange Täuschung der amerikanischen Öffentlichkeit im Vietnamkrieg publik. Soweit die Parallelen zu heute, doch es gibt einen grossen Unterschied. Im folgenden Rechtsstreit musste das oberste Gericht zwischen Recht auf Geheimhaltung und dem Recht auf Wissen der Bevölkerung abwägen. Der Entscheid: Wenn sich Regierungen nicht ans Recht halten, dann müssen die Bürgerinnen und Bürger dies erfahren. Es gibt also eine Pflicht der Presse, darüber zu informieren. Das Gericht stufte das Recht auf Information höher ein als das Bedürfnis der Regierung nach Geheimhaltung. Mit dem Deal im Falle von Assange und dem Schuldeinge-

ständnis wurde dieses Verhältnis nun umgekehrt.

Das Versagen der Medien

Und wie reagiert die Presse? Irgendetwas gelesen darüber? Im Gegenteil! Von NZZ bis BaZ, von Tagi bis «Der Bund» wird weiter der Mensch Assange ins Zentrum gerückt. Die NZZ titelte «Ein falscher Held» und berichtete erneut über die angeblich fehlende Ethik von Assange. Nicht anders der Tagesanzeiger: «Die zwei Gesichter des Julian Assange». Bei solchen Titeln offenbart sich bereits mit den ersten Worten die Haltung einer Redaktion: Was der Kerl an die Öffentlichkeit zerte, das darf nicht interessieren. Sicher ist die Presselandschaft vielseitiger als ein paar Artikel zur Freilassung von Assange. Doch wo bleiben die Fragen der Journalisten? Wo bleibt die Empörung einer breiten Öffentlichkeit? Wo bleibt das Bedürfnis aller kritischen Geister nach Licht im Dunkeln? Offensichtlicher kann es kaum mehr werden. Beispielhafter können unliebsame Informationen nicht unterdrückt werden. Und die Presse spielt mit und bedient Nebenschauplätze. Mantramässig muss der angeblich schlechte Leumund von Assange erhalten. Die Journalisten beginnen ihre eigenen Lügen zu glauben. Als hätte sich Nils Melzer nie für Assange eingesetzt und die schwedischen Anschuldigungen wegen der sexuellen Übergriffe zerpfückt. Er war ein Glücksfall für Assange. Melzer sprach Schwedisch, war Jurist und hatte Rückgrat. Spätestens nach seinen Veröffentlichungen hätte die Systematik der Verfolgung auch den Journalisten klar werden müssen. Spätestens dann hätte die Diskrepanz der Bedeutung seiner Veröffentlichungen zu Assanges angeblich schlechten Leumund frappieren müssen. Was wir dank Whistleblowern wissen, verändert das Bild auf unsere Demokratie. Und das muss uns alle interessieren. Der Fall Assange zeigt, wie die Presse am Elefanten im Raum vorbeischiebt. Und dies auch jetzt, nachdem er wieder auf freiem Fuss ist. Die Presse tritt in den Dienst der Macht und verkommt zu ihrem Sprachrohr. Woher sollen wir noch den Glauben nehmen, dass die grossen Medien als Korrektiv dienen könnten? Der Fall Assange offenbart den jämmerlichen Zustand der einflussreichsten Medienhäuser.

Rückblick auf ein herausforderndes Jahr SFB-Jahrestagung

Am 9. Juni 2024 fand die Jahrestagung der Schweizerischen Friedensbewegung SFB in Basel statt. Mehr als 35 Aktivist:innen aus der ganzen Schweiz nahmen teil, konnten sich über die Friedensbewegung austauschen und gemeinsam auf die vergangene Zeit zurückblicken.

Das SFB-Sekretariat und die Redaktion von «Unsere Welt» erstatteten Bericht über die Aktivitäten des letzten Jahres. «Das Jahr 2023 war eine anstrengende und nervenaufreibende Zeit, aber sie war auch sehr erfolgreich für die SFB», erklärte Tarek Idri für das Sekretariat. Dutzende neue Mitglieder und Hunderte Sympathisant:innen

konnten für die Friedensbewegung gewonnen werden. Es wurden zwei Demonstrationen, zahlreiche Infostände, ein musikalischer Anlass und mehrere regionale Treffen der SFB-Mitglieder organisiert. Die SFB ist mittlerweile auf fünf Social-Media-Plattformen präsent, versendet einen monatlichen Newsletter und bringt die Friedenszeitung «Unsere Welt» vierteljährlich heraus. Die Situation innerhalb der Redaktion von «Unsere Welt» war 2023 herausfordernd, trotzdem konnte die Zeitung der SFB in gewohnter Qualität unter die Leute gebracht werden.

Ein Diskussionsthema an der Jahrestagung war der Ausblick auf den

21. September. Am 21. September findet wie jedes Jahr der UNO-Weltfriedenstag statt. In den vergangenen Jahren hatte die SFB Infostände in Bern, Basel, Zürich und im Tessin organisiert. Dieses Jahr wurde gewünscht, wieder einmal ein Referat mit einer bekannten Persönlichkeit durchzuführen. Das SFB-Sekretariat konnte die bekannte Journalistin Gabriele Krone-Schmalz für eine Veranstaltung gewinnen, allerdings erst für den Dezember. Am 21. September werden deshalb wieder Infostände organisiert. An der Jahrestagung wurden ebenfalls der Vorstand und die Revisorinnen gewählt, die Jahresrechnung und das Budget wurden angenommen und dem Kassier die Decharge erteilt. Seyhan Karakuyu ist aus zeitlichen und beruflichen Gründen aus dem Vorstand zurückgetreten. Wir danken ihr für ihr Engagement und hoffen, dass wir in Zukunft weiterhin Seite an Seite für die Sache des Friedens kämpfen werden. An der Jahrestagung konnte Ephraim Piatti offiziell als neuer politischer Sekretär begrüsst werden.

Der Apéro zum Schluss bot die Gelegenheit zum geselligen Austausch und zur heissen Diskussion unter den Friedensaktivist:innen. Mit Leidenschaft und Interesse wurde über aktuelle Themen debattiert und bei einem Glas Wein liess man den gelungenen Anlass ausklingen.

SFB-Sekretariat



Save the Date

Am 5. Dezember 2024 führt die Schweizerische Friedensbewegung eine Veranstaltung mit der bekannten deutschen Journalistin Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz durch. Thema des Abends wird sein «Russland – und wie weiter?». Die Beziehungen zu Russland sind auf einem historischen Tiefpunkt: Wie konnte es soweit kommen? Wie lässt sich die Eskalationsspirale stoppen? Welche Perspektiven sind denkbar? Genauer Ort und Uhrzeit werden auf der Webseite aufgeschaltet:

www.friedensbewegung.ch/veranstaltungen

Friedenspreise an Anne Applebaum – eine Bankrotterklärung

Ehrung einer NATO-Promoterin

Die US-amerikanische Publizistin und Historikerin Anne Applebaum wurde 2024 gleich mit zwei deutschen Friedenspreisen geehrt. Zusammen mit ihrem Mann erhielt sie zudem den «Europapreis für politische Kultur» der Hans Ringier Stiftung in der Schweiz.

Von Gabriela Neuhaus

1936 erhielt der deutsche Publizist Carl von Ossietzky den Friedensnobelpreis. Damit ehrte die Jury einen unerschrockenen Pazifisten, der zeitweilig gegen Totalitarismus, Aufrüstung und Krieg angeschrieben und sich auch politisch engagiert hat. In Nazi-Deutschland wurde der Herausgeber der Berliner Wochenzeitschrift «Die Weltbühne» deswegen ab 1932 wiederholt verhaftet und gefoltert. 1938 starb Ossietzky im Alter von 49 Jahren an den Folgen der durch die Nazis verübten Misshandlungen und Haftbedingungen.

In Erinnerung an Ossietzkys ermüdliche Friedensarbeit verleiht die Stadt Oldenburg seit 1984 im Zweijahresrhythmus den Carl-von-Ossietzky-Preis für Zeitgeschichte und Politik. Dieses Jahr ging er an die US-amerikanische Historikerin und Publizistin Anne Applebaum. Damit nicht genug: Auch der renommierte Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, der jeweils Ende Oktober in der Frankfurter Paulskirche verliehen wird, geht dieses Jahr an Anne Applebaum.

«Thank you, USA»

Da stellt sich sogleich die Frage: Was hat Frau Applebaum so Preiswürdiges geleistet, um sich gleich zweifach für einen (deutschen) Friedenspreis zu qualifizieren? – Ausgerechnet Anne Applebaum, die seit Beginn des Kriegs in der Ukraine nicht müde wird, unentwegt und auf allen Kanälen eine Ausweitung der Waffenlieferungen an die Ukraine zu fordern. Anne Applebaum, die Waffenstillstandsgespräche mit Putin rundweg ablehnt und prophezeit: «Der Krieg wird enden, wenn Russland versteht, dass es keine imperialistische Macht mehr ist. Wir können Russland darin unterstützen, indem wir der Ukraine helfen, ihr Territorium zurückzugewinnen.»

Mehr noch: Applebaum beschwört die Notwendigkeit einer signifikanten Steigerung der Waffenproduktion in



Anne Applebaum. Quelle: zVg.

Europa. Aufrüstung sei nötig, so ihr Rezept, um die Demokratien gegen die wachsende Gefahr durch Autokratien zu verteidigen. Mit einer deutlichen Stärkung der NATO glaubt sie die Sicherheit in Europa und namentlich der Ukraine zu garantieren.

Applebaums Begeisterung für die NATO ist nicht neu: In den 1990er Jahren hatte sie sich, gemeinsam mit ihrem Ehemann, dem polnischen Europapolitiker und Außenminister Radosław Sikorski, für den NATO-Beitritt Polens stark gemacht. Gemeinsam gelten sie seither als Power-Paar der konservativ-liberalen Elite, das auch vor lautem Säbelrasseln nicht zurückschreckt: Es war Sikor-

ski, der nach der Nord-Stream-Explosion «Thank you, USA» twitterte und im Frühjahr 2024 verlauten liess, NATO-Soldaten würden bereits in der Ukraine kämpfen...

Auch Anne Applebaum wird nicht müde, das Weltgeschehen mit zuweilen mehr als flapsigen Bemerkungen auf X zu kommentieren. «Beim Nachtessen mit Freunden gerade darauf angestossen, dass der Kongress die Lieferung von Waffen und Munition an die Ukraine gutgeheissen hat. Prost an alle – Ruhm der Ukraine!» schrieb sie etwa am 21. April 2024 auf X.

Keine Friedensstifterin

Trotz – oder dank – solcher Verlautbarungen, wurde Anne Applebaum, diesmal zusammen mit ihrem Mann, für eine weitere Auszeichnung ausserkoren: Anlässlich des Filmfestivals in Locarno konnte das amerikanisch-polnische Paar den «Europapreis für politische Kultur» der Hans-Ringier-Stiftung entgegennehmen. An der Preisverleihung anwesend waren unter anderem Bundespräsidentin Viola Amherd, Nationalratspräsidentin Eric Nussbaum sowie die Festivaldirektorin Maja Hoffmann. «Das Lebenswerk dieses aussergewöhnlichen Ehepaars umfasst das westliche Denken von den USA über Israel bis Polen», begründete Blick-Kolumnist und Stiftungsratspräsident Frank A. Meyer die Wahl der Preisträger:in. Als Laudator angereist war der deutsche Finanzminister Christian Lindner, der die beiden als «Bannerträger der freien Welt» bezeichnete.

Eine freie Welt, die Anne Applebaum explizit mit Waffengewalt verteidigen will. Das mag für den Ringier-Preis durchgehen. Applebaum ist aber alles andere als eine Friedensstifterin – trotzdem wurde ihre Wahl als Friedenspreisträgerin in den deutschsprachigen Medien weitgehend begrüsst, ja gar euphorisch gelobt. «Mit Anne Applebaum erhält eine Historikerin den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, die einen allzu schlichten Friedensbegriff scharf kritisiert. Eine gute Wahl», applaudierte etwa «Zeit online». Vor dem Hintergrund der osteuropäischen Erfahrungen weise Applebaum in ihren historischen Arbeiten immer wieder darauf hin, dass «Frieden» ein Deckname für Unterdrückung sein könne, wo Freiheit und Gerechtigkeit fehlten.

Ein politisches Signal

Auf der ganzen Welt gibt es Menschen, die sich dafür engagieren, Kriege zu beenden und Brandherde zu löschen, bevor sie zu Kriegsschauplätzen werden. Frau Applebaum gehört mit Bestimmtheit nicht in diese Kategorie. Und man fragt sich: Wie um Himmelswillen kommen hochdotierte Jurys dazu, eine NATO-Promotorin zur Friedenspreisträgerin zu küren?

Das Statut hinter dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels lautet: «Die Stiftung dient dem Frieden, der Menschlichkeit und der Verständigung der Völker. Dies geschieht durch die Verleihung des Friedenspreises an eine Persönlichkeit, die in hervorragendem Masse vornehmlich durch ihre Tätigkeit auf den Gebieten der Literatur, Wissenschaft und Kunst zur Verwirklichung des Friedensgedankens beigetragen hat.» Das ist an Deutlichkeit kaum zu übertreffen.

Ob die Wahl im neunköpfigen Stiftungsrat einstimmig erfolgt ist, wis-

sen wir nicht. Sie ist aber ein politisches Signal, das den Stiftungszweck der Lächerlichkeit preisgibt. Applebaums Kriegs- und Aufrüstungsrhetorik kann man zur Kenntnis nehmen. Was sie «Hervorragendes zur Verwirklichung des Friedensgedankens» beigetragen haben soll, bleibt das Geheimnis der Jury.

Die Laudatio anlässlich der Preisverleihung wird Irina Scherbakowa halten. Die russische Germanistin und Historikerin ist Gründungsmitglied der heute verbotenen Menschenrechtsorganisation Memorial und wurde für ihr Engagement für die Menschenrechte in ihrem Land bereits 2014 mit dem Carl-von-Ossietzky-Preis ausgezeichnet. Auch Scherbakowa, die heute in Deutschland lebt, vertritt die Position, mit Putin könne es keine Friedensverhandlungen geben.

Fazit: Mit den beiden Friedenspreisen für Anne Applebaum werden Sinn und Zweck solcher Auszeichnungen ad absurdum geführt. Die in Deutschland medial breitgetretene Preisverleihung in der Paulskirche ist dieses Jahr kein Ereignis. Auf alle Fälle keines, das dem Frieden dient.

Masters of War

Von Bob Dylan

Kommt, ihr Herren des Krieges
Ihr, die ihr die grossen Kanonen baut

Ihr, die ihr die todbringenden Flugzeuge baut
Ihr, die ihr all die Bomben baut

Ihr, die ihr euch hinter Mauern versteckt

Ihr, die ihr euch hinter Schreibstischen versteckt

Ich möchte nur, dass ihr wisst:
Ich kann eure Masken durchschauen

Ihr, die ihr niemals etwas anderes getan habt,

Als zu bauen, um zu zerstören

Ihr spielt mit meiner Welt

Als wäre sie euer kleines Spielzeug

Ihr legt mir eine Waffe in meine Hand

Und ihr versteckt euch vor meinen

Blicken

Und ihr dreht euch um und rennt

weit weg,

Wenn die schnellen Kugeln fliegen

Wie Judas zu alter Zeit

Lügt und betrügt ihr

Ein Weltkrieg kann gewonnen

werden,
Wollt ihr mich glauben machen

Aber ich schaue durch eure Augen
Und ich schaue durch euer Gehirn,
So wie ich durch das Wasser sehe,
Das in meinen Abfluss fliesst

Ihr spannt all die Abzüge,
Damit andere sie abfeuern
Dann lehnt ihr euch zurück und schaut zu,
Während die Zahl der Todesopfer steigt

Ihr versteckt euch in euren Villen
Während das Blut junger Menschen
Aus ihren Körpern fliesst
Und im Schlamm versickert

Ihr habt die schlimmste Angst verbreitet,

Die niemals gestreut werden kann:

Die Angst, Kinder

Auf die Welt zu bringen

Für das Bedrohen meines Babys,
Ungeboren und namenlos,

Seid ihr das Blut nicht wert,

Das durch eure Adern fliesst

(...)



Ukroboronprom/Ukrainian Defense Industries an einer Waffenmesse in Istanbul. Quelle: zVg.

Kriegsindustrie im Hoch

Rüstungsknotenpunkt Ukraine

Die Ukraine soll einer der grössten Waffenproduzenten der Welt werden. Verschiedene westeuropäische Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall aus Deutschland gehen zunehmend zur Produktion von Waffensystemen in der Ukraine über.

Laut Angaben des Ministers für strategische Industrie der Ukraine, Oleksandr Kamyschin, produzieren mittlerweile rund 500 ukrainische Unternehmen Rüstungsgüter, darunter gut 100 staatliche. Grösster Konzern ist das Konglomerat Ukroboronprom, das seit März 2023 offiziell den Namen Ukrainian Defense Industries (UDI) trägt. Die Standorte dieser Waffenschmieden werden von Russland allerdings immer wieder mit Drohnen sowie Raketen angegriffen; manche Unternehmer sind dazu übergegangen, ihre Fabriken alle drei Monate an einen neuen Standort zu verlegen. Hinzu kommen Stromausfälle, die aktuell wieder zunehmen – ein Ergebnis der jüngsten russischen Angriffe auf die ukrainische Energieversorgung. Nicht zuletzt beklagen ukrainische Rüstungsunternehmen einen Mangel an Arbeitskräften, der daraus resultiert, dass Hunderttausende Ukrainer an der Front kämpfen und weitere Millionen – häufig dauerhaft – ins Ausland geflohen sind. Unabhängig davon schreitet der Aufbau der im September 2023 gegründeten Rüstungsbündnis der Ukraine mit Un-

ternehmen aus westlichen Ländern voran. Ziel ist es, westliche Konzerne zur Gründung von Fabriken bzw. Joint Ventures mit ukrainischen Firmen zu bewegen. Berichten zufolge sind der Rüstungsbündnis mittlerweile knapp 100 Unternehmen aus über 20 Staaten beigetreten, darunter etwa BAE Systems, die französische Thales Group, die italienische Leonardo, Saab aus Schweden sowie der türkische Drohnenhersteller Baykar.

Panzer und Drohnen

Diesem Vorgehen schliesst sich auch Rheinmetall, der grösste deutsche Rüstungskonzern, an. Rheinmetall hat am 24. Oktober vergangenen Jahres in Anwesenheit von Bundeskanzler Olaf Scholz gemeinsam mit Ukroboronprom/Ukrainian Defense Industries (UDI) die Gründung des Joint Ventures Rheinmetall Ukrainian Defense Industry LLC vollzogen. Rheinmetall-Chef Armin Papperger erklärte kürzlich, ab Spätsommer 2024 werde man den Transportpanzer Fuchs aus in Deutschland hergestellten Einzelteilen in einer Fabrik in der Ukraine montieren können;

im Sommer 2025 werde das mit dem Schützenpanzer Lynx möglich sein. Langfristig ist auch die Fertigung des Kampfpanzers Panther in der Ukraine geplant. Zudem will das Unternehmen jährlich eine sechsstellende Zahl an Artillerieschossen vom Kaliber 155 in der Ukraine produzieren. Bislang ist der Bau von vier Fabriken in dem Land geplant. Einen ähnlichen Weg geht der deutsche Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann bzw. dessen Gemeinschaftsunternehmen mit der französischen Waffenschmiede Nexter, KNDS. Im März hiess es, man werde eine Logistikbasis in der Ukraine gründen; dort sollten zunächst Ersatzteile, später dann Munition sowie langfristig auch komplette Waffensysteme hergestellt werden.

Der Münchener Drohnenhersteller Quantum Systems, der nach der Lieferung zahlreicher Aufklärungsdrohnen ebenfalls zunächst einen Standort zur Reparatur und zur Ausbildung an seinen Drohnen in der Ukraine eröffnet hatte, hat am 18. April im Beisein von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck eine Fabrik in Betrieb genommen, die bis Ende 2024 annähernd 100 Mitarbeiter beschäftigen und perspektivisch bis zu 1000 Drohnen pro Jahr herstellen soll. Der Drohnenabwehr wiederum dient eine Kooperation von MBDA Deutschland und UDI, auf die sich beide Seiten bereits im Februar geeinigt haben. Die Beispiele zeigen, dass sich die deutsche Rüstungsindustrie eine herausragende Rolle beim Aufbau der ukrainischen Branche zu sichern sucht.

Quelle: german-foreign-policy.com



Ein Abzeichen des ukrainischen Regiment Asow mit der Schwarzen Sonne im Hintergrund und der Wolfsangel im Vordergrund.



Die Schwarze Sonne, ein Erkennungs-symbol der Neonazi-Szene. Es besteht aus drei erweiterten Hakenkreuzen.



Die Wolfsangel, ein Symbol von SS-Einheiten der Nazi-Zeit und von heutigen Neonazi-Gruppen.

Beschwerde gegen das Schweizer Radio

Keine Nazis in der Ukraine?

Im Radio wurde vom Ukraine-Korrespondenten zur besten Sendezeit der Satz geäußert, dass es in der Ukraine keine Nazis gebe oder mindestens nicht an der Macht. Weil die Behauptung nicht stimmt – die Ukraine hat bekanntermassen ein Problem mit Faschisten –, wurde von UW-Autor Ueli Schlegel bei der UBI Beschwerde eingelegt.

Von Ueli Schlegel

Am 25. Oktober 2023 behauptete der damalige Ukraine-Korrespondent des Schweizer Radios, David Nauer, in der Sendung «Tagesgespräch» des ersten Programms (SRF 1) zu bester Sendezeit um 13 Uhr: «Es hat keine Nazis oder mindestens nicht an der Macht in der Ukraine». Gegen diese Behauptung haben 40 Mitunterzeichner:innen und der Autor dieses Textes bei der «Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen UBI» Beschwerde eingelegt.

Der Ukraine-Korrespondent des Radios sprach diesen seltsam unge-

land verbreite dauernd Lügenpropaganda, während auf die Mitteilungen der Ukraine in der Regel Verlass sei. Während die Korrespondentin Susanne Brunner sich in Israel und Palästina bemüht, mit Menschen aller politischen Richtungen in Kontakt zu treten (und zu bleiben), betreibt David Nauer eine Art «integrierten Journalismus» – bekannt aus dem Irak-Krieg der USA, ohne die Meinungen oppositioneller Gruppen und Menschen mit zu berücksichtigen. Pazifisten, Linke, Russophile (Russland gegenüber positiv Eingestellte) sowie Vertreter der zahlreichen

und Gesellschaft in der Ukraine führe. Es gebe zwar keine bekennenden Nazis unter den ukrainischen Ministern, doch Nazis, Faschisten und Rechtsextremisten hätten einen massgebenden Einfluss auf die Politik des ukrainischen Staates, auf Staatsorgane aller Ebenen und auf die westukrainische Gesellschaft. Der Eingabe des Beschwerdeführers lagen der Bericht der Ombudsstelle vom 23. November 2023 und die Unterschriften von 41 Personen bei, welche die Beschwerde unterstützen.

C. Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG (Beschwerdegegnerin) beantragt in ihrer Stellungnahme vom 1. Februar 2024, die Beschwerde abzuweisen, soweit darauf einzutreten sei. Der vom Beschwerdeführer beanstandete Satz sei Teil einer längeren Antwort, in welcher es um Kriegspropaganda gegangen sei. [...] Welche Rolle die Nazis in der Ukraine spielten, war weder Gegenstand des «Tagesgesprächs» noch der Ausführungen von David Nauer. Dazu verfügte die Zuhörerschaft ohnehin über ein gewisses Vorwissen. Die beanstandete Aussage habe den Gesamteindruck überdies nicht massgeblich beeinflusst und betreffe deshalb einen Nebenpunkt. Das Sachgerechtigkeitsgebot [...] sei aus diesen Gründen nicht verletzt worden.

D. In seiner Replik vom 15. Februar 2024 führt der Beschwerdeführer aus, dass der strittige Satz doppelt falsch sei. Erstens gebe es viele Nazis in der Ukraine und zweitens hätten diese Macht. Unabhängig von der russischen Propaganda habe die Ukraine ein Problem mit Faschismus und Rechtsextremismus. Der Beschwerdeführer verweist auf zahlreiche Beispiele von Ereignissen, Gruppierungen und Symbolen, welche diese Problematik belegen würden. Es handle sich beim Satz von David Nauer deshalb nicht um einen Nebenpunkt. [...].

E. Die Beschwerdegegnerin bemerkt in ihrer Duplik vom 8. März 2024, dass die Replik keine neuen programmrechtlich relevanten Aspekte enthalte. Sie weist den Vorwurf, bei der Aussage handle sich um Fake-News zurück. Die beanstandete Aussage, welche David Nauer im zweiten Satz selber relativiert habe, sei inhaltlich korrekt gewesen.»

Die UBI-Verhandlung

Die Mitglieder der «Unabhängigen Beschwerdeinstanz» bestätigten in der öffentlichen Verhandlung in Bern wie zu erwarten die Argumente der von Radio SRF beigezogenen Advokaten, nämlich dass es sich erstens beim Faschismusvorwurf um einen «Nebenpunkt» handle und dass zweitens es ja nur um eine mündliche, «spontane» Aussage gegangen sei. Das sind bei genauerem Hinsehen zwei ziemlich wacklige Argumente. David Nauer hätte die Materie ja eigentlich ken-

Stepan Bandera (1909-1959)

Stepan Bandera, der von Teilen der westukrainischen Bevölkerung verehrt wird, war ein ukrainischer Armeeführer, Terrorist und Kriegsverbrecher. Er schloss sich der faschistischen Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) an, die zuerst Attentate auf polnische Politiker und pro-polnisch eingestellte Ukrainer ausübte (Teile der Westukraine gehörten damals zu Polen). Nach dem Einmarsch der deutschen Faschisten verbündete er sich zeitweise mit diesen; die OUN übernahm Polizeifunktionen und war an einem Massaker an 3000 jüdischen Menschen beteiligt. Bandera und seinesgleichen beteiligten sich auch weiter an der Tötung von russischen, polnischen und jüdischen Menschen, Roma und Sinti, zerstritten sich allerdings dann mit den Nazis, weil sie einen unabhängigen, faschistischen ukrainischen Staat gründen wollten.

Bandera sass von 1941 bis 1944 im Konzentrationslager Sachsenhausen, allerdings als sogenannter «Ehrenhäftling» mit eigener Wohnung und Untergebenen und besten Kontakten zur deutschen Gestapo, verbündete sich dann wieder vollständig mit den deutschen Faschisten, um mit ihnen zusammen gegen die vorrückenden sowjetischen Truppen zu kämpfen. Er erhielt nach dem Krieg in Deutschland Asyl und leitete dort die Exilorganisation der OUN, die weiter terroristische Aktivitäten plante und ausübte. 1959 wurde er vom sowjetischen Geheimdienst KGB ermordet. Seine Frau wanderte mit ihren drei Kindern nach Toronto aus.

Nach Bandera sind Hunderte von Strassen und Plätzen in der Westukraine benannt, und an vielen Orten stehen Denkmäler für ihn (selbstverständlich mit Billigung und Unterstützung der Behörden).

Roman Schuchewytsch (1907-1950)

Roman Schuchewytsch war ein Befehlshaber der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), die in den dreissiger Jahren gegen Polen kämpfte oder genauer gesagt Terrorakte gegen Polen ausführte; im zweiten Weltkrieg war er Kommandant im Bataillon Nachtigall der deutschen Nazis und hauptsächlich mit der Tötung weissrussischer Partisanen beschäftigt. Nach Konflikten mit den Nazis und nach der vorübergehenden Verhaftung Banderas übernahm er die Leitung der Ukrainischen Aufständischen Armee. Als solcher kämpfte er auf dem Gebiet der Ukraine noch weiter gegen sowjetische Armeeeinheiten, bis er von diesen 1950 getötet wurde.

nen müssen, d.h. die Aussage kann keineswegs als spontan eingestuft werden, und als Radiokorrespondent berichtet er sowieso immer mündlich; die ganze Verbissenheit, mit der Teile der westukrainischen Bevölkerung und der Regierungsstellen sich positiv auf die Geschichte der faschistischen Bewegungen mit Bandera und Schuchewytsch (siehe Kästchen oben) berufen, zeigt denn auch, dass dieses Thema für die ukrainische Propaganda alles andere als ein Nebenschauplatz ist. Dieser Fakt ging aber offensichtlich an unserem Radiojournalisten irgendwie vorbei (obschon er ja gerade – ohne eine diesbezügliche Frage des Interviewers – selbst darauf kam, über dieses Thema zu sprechen).

Unsere Beschwerde wurde also vom Richter:innengremium der UBI abgelehnt – mit einer Gegenstimme. Die Gegenstimme kam von einer Person, die sich – nicht zuletzt aufgrund der Beschwerde – eingehend und als einzige mit der Geschichte des Fa-

schismus in der Ukraine beschäftigt hatte. Hätten sich auch die anderen Mitglieder des Gremiums historisch weitergebildet, hätten sie möglicherweise auch für die Guttheissung der Beschwerde votiert.

Wir könnten die Beschwerde nun an das Bundesgericht weiterziehen. Das wäre mit einem grossen Aufwand verbunden, den zu leisten wir leider aus Zeitgründen nicht in der Lage sind.

Immerhin hoffen wir, dass wir auf allen Seiten gewisse Denkanstösse ausgelöst haben. Vielleicht braucht es hin und wieder etwas Sand im Getriebe der gut geölten Propaganda-Maschinen der Mainstream-Medien, damit diese – im eigenen Interesse, um nicht weitere oft sehr gut informierte Zuhörer:innen oder Leser:innen zu verlieren – ganz langsam zu etwas sachgerechteren und plausibleren Berichten zurückfinden. Bei anderer Gelegenheit werden wir uns wieder melden.

Selenski und die ukrainischen Faschisten

In Erinnerung bleibt der Videoauftritt Selenskis vor dem Parlament Griechenlands am 7. April 2022, bei dem er plötzlich die Kamera mit zwei Vertretern des Regiment Asow teilte, einer Neonazigruppe, deren Fahnen und Uniformen u.a. mit der faschistischen Wolfsangel geschmückt sind; dieser Auftritt hatte vermutlich den Zweck, die griechische faschistische Partei «Goldene Morgenröte» zu beeindrucken.

Peinlich war auch Selenskis Besuch beim kanadischen Parlament, der mit einer Ehrung des 98-jährigen freiwilligen SS-Veteranen Jaroslaw Hunka aus der Ukraine verbunden war.

Unmittelbar nach der Rückkehr in die Ukraine verlieh Selenski einem Aufklärungsbataillon der ukrainischen Truppen den Namen «Jewgeni Konowalez». Konowalez war der Vorgänger von Bandera. Er bildete im Auftrag der deutschen Nazis kurz vor dem Zweiten Weltkrieg in Wien ukrainische Kämpfer gegen die Sowjetunion aus.

Ukrainische Faschisten und die Geheimdienste

Ein ausgezeichneter Überblick über die Geschichte des ukrainischen Faschismus und dessen Zusammenarbeit mit westlichen Geheimdiensten ist von der Zeitung «junge Welt» zusammen mit der Kulturzeitschrift «Melodie & Rhythmus» publiziert worden – im Rahmen eines Kongresses am 9. und 29. Oktober 2023 mit den weltweit besten Experten zum Thema. Die Vorträge sind aufzeichnet worden und abrufbar unter: www.jungewelt.de/blogs/bandera_komplex

Ein typisches Beispiel für das Recycling ukrainischer Faschisten für die westlichen Geheimdienste ist Mykola Lebed (1909 - 1998), ein Nazi-Kollaborateur, Terrorist und Kriegsverbrecher, der ab 1949 für die CIA arbeitete und von diesem für Einsätze gegen die sowjetische Ukraine eingesetzt wurde, nachdem er noch kurz nach 1945 vom US-Militärgeheimdienst als «bekannter Sadist und Kollaborateur der Deutschen» bezeichnet worden war.

Anleitung für das Beschwerdeverfahren

Alle Sendungen des Radios und des Fernsehens können in der Schweiz innert 20 Tagen nach der Ausstrahlung beanstandet werden. Erste Anlaufstelle ist die Ombudsstelle, in der Deutschschweiz unter www.srgd.ch/de/uber-uns/ombudsstelle zu erreichen. Die Beschwerde ist schriftlich kurz zu begründen (per Brief oder über das Formular der Ombudsstelle), weshalb die Sendung den Artikel 4 oder 5 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) verletzt. Gründe können sein: Missachtung der Grundrechte und Menschenwürde, des Sachgerechtigkeitsgebots (das haben wir im vorliegenden Fall gerügt), des Transparenzgebots, des Schutzes der öffentlichen Sicherheit, des Vielfaltgebots sowie des Schutzes Minderjähriger. Nachdem die Ombudsstelle nach einigen Wochen ihren Schlussbericht erstellt hat, kann innert 30 Tagen mit mindestens 20 Unterschriften Beschwerde bei der «Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen» (UBI) erhoben werden.

nauen und in sich widersprüchlichen Satz aus, ohne irgendwo in der Mitte zu zögern oder eine Atem- oder Korrekturpause einzulegen. Das Thema des Tagesgesprächs war «Propaganda im Krieg». David Karasek interviewte hier Susanne Brunner (sie berichtet aus Israel und Palästina) und David Nauer. Dass die Behauptung des Ukraine-Korrespondenten nicht stimmt, wissen alle, die sich mit der Geschichte der Ukraine in den letzten hundert Jahren beschäftigt haben. Tatsächlich berichteten bis zu den Maidan-Ereignissen 2014 und teilweise noch bis zum Kriegsbeginn im Jahr 2022 auch die grossen Mainstream-Medien immer mal wieder über das Faschismus-Problem des ukrainischen Staates. Nach dem Kriegsbeginn verschwand das Thema jedoch fast vollständig aus den sogenannten Leitmedien – offensichtlich wegen angestrebter Bemühungen, auf keinen Fall mit entsprechenden russischen Vorwürfen in Übereinstimmung zu geraten. Genau das lässt sich auch aus dem Kontext des weiteren Sendungsverlaufs des «Tagesgesprächs» heraushören. David Nauer betont denn auch mehrfach, Russ-

nicht-ukrainischen Volksgruppen des Landes kommen bei ihm kaum vor. (In der Ukraine werden ausser Ukrainisch und Russisch noch weitere 17 Sprachen gesprochen).

Doppelt falsch

Der Entscheid der Beschwerdeinstanz (UBI) vom 22. März, der uns am 21. Juni zugestellt worden ist, gibt den Sachverhalt selbst korrekt wieder. Die UBI schreibt über unsere Eingabe vom 17. Dezember 2023 wörtlich: «A. Von Montag bis Freitag strahlt Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) im ersten und vierten Radioprogramm jeweils um 13 Uhr die Sendung «Tagesgespräch» aus [...].

B. Mit Eingabe vom 17. Dezember 2023 (Datum Postaufgabe) erhob Ulrich Schlegel (Beschwerdeführer) gegen die erwähnte Sendung Beschwerde bei der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI). Er rügt eine Aussage von David Nauer, wonach es keine Nazis in der Ukraine gebe oder zumindest keine, die an der Macht seien. Dies sei falsch, irreführend und reine Propaganda, die bei den Zuhörenden zu einer Fehleinschätzung von Staat

Kamala Harris – eine innenpolitische Sicht

Mit progressiven Positionen punkten

In den letzten Tagen hat die demokratische Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris einige ihrer kühnsten Initiativen über Bord geworfen und sich unnötigerweise als prinzipienlos präsentiert. Dennoch sehen Alex Skopic und Nathan J. Robinson von «Current Affairs» einige ermutigende Anzeichen dafür, dass Harris versteht, dass die Öffentlichkeit nicht fortschrittsfeindlich ist.

Von Alex Skopic und Nathan J. Robinson

Kamala Harris ist daran, eine progressive Position nach der anderen aufzugeben. Während ihrer kurzlebigen Präsidentschaftskampagne 2019 war Harris eine Befürworterin der Einheitskrankenkasse, des Fracking-Verbots und der staatlichen Arbeitsplatzgarantie. Das ist sie nicht mehr. Am 26. Juli sagte ein Wahlkampfmitarbeiter gegenüber der Zeitung «The Hill», Harris werde «nicht versuchen, Fracking zu verbieten, wenn sie gewählt wird», obwohl sie zuvor gesagt hatte, «es steht ausser Frage, dass ich für ein Fracking-Verbot bin». Am nächsten Tag berichtete CNN, dass «die Vizepräsidentin nicht mehr

für ein Gesundheitssystem mit einem einzigen Kostenträger ist», obwohl sie 2017 Bernie Sanders' Gesetzesentwurf «Gesundheitsversorgung für alle» unterstützt hatte. Und am 31. Juli enthüllte ein exklusiver Artikel des «Examiner», dass Harris ihre Position zu einer bundesweiten Arbeitsplatzgarantie geändert habe – ein Element des Green New Deal, den sie 2019 unterstützte, was sie jetzt eben nicht mehr tun würde.

Das ist schlechte Politik. Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 war einer der Hauptvorwürfe gegen John Kerry, er sei ein «Flip-Flop», d.h. er habe seine Positionen aus opportunistischen politischen Gründen geändert.

Wer so dreist seine Positionen wechselt, zeigt, dass er nicht wirklich an das glaubt, was er vorgibt zu glauben, und macht es den Wählenden sehr schwer, darauf zu vertrauen, dass das, was er zu einem bestimmten Zeitpunkt sagt, auch das ist, was er wirklich denkt.

Empirisch falsch

Es ist klar, warum Harris diese Positionen aufgegeben hat. In der Politik herrscht die allgemeine Auffassung, progressive Politik sei unpopulär und radikal und dass man, um wählbar zu sein, in die Mitte gehen muss. Das ist empirisch falsch. Eine Beschäftigungsgarantie auf Bundesebene zum Beispiel ist eine sehr populäre Politik und wird in nationalen Umfragen durchschnittlich von 59,1 Prozent der Befragten befürwortet. Auch die Einheitsversicherung ist ein Renner. Trotz der unerbittlichen Propaganda der Rechten gegen die soziale Medizin sagt die Mehrheit der



Trump und Harris beim Armdrücken. Quelle: zVg.

Amerikaner, dass sie irgendeine Form der öffentlichen Gesundheitsfürsorge unterstützt. Die Einführung von Medicare für alle macht absolut Sinn. Unser privates, profitorientiertes Gesundheitssystem ist ein Desaster, das unnötige Todesfälle, Leid und Bürokratie verursacht. Wir können es in Ordnung bringen und die Menschen gesünder, wohlhabender und glücklicher machen. Ein Präsident, dem es gelingt, eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle sicherzustellen, würde sich den dauerhaften Respekt der US-amerikanischen Öffentlichkeit verdienen. Ein einziger Kostenträger ist eine Selbstverständlichkeit und die Unterstützung dafür ein politischer Gewinn, keine Last. Das Verbot von Fracking ist umstrittener. Die Öffentlichkeit steht dem Fracking sehr skeptisch gegenüber, aber es gibt Argumente dafür, dass statt eines sofortigen Verbots ein vorsichtiger Übergang weg vom Fracking notwendig ist.

Es ist gut, dass Harris sich einst für die Einführung vernünftiger Massnahmen zur Bewältigung grosser Probleme eingesetzt hat. Es gibt keinen Grund für sie, vor ihrer Vergangenheit davonzulaufen. Weglaufen ist sogar schädlich, denn es bedeutet, Ideen über Bord zu werfen, die den Menschen einen starken Grund geben könnten, sie unterstützen zu wollen.

Harris für ihre Kehrtwenden zu kritisieren, ist also kein Versuch, Trump zu helfen, indem man die demokratische Kandidatin schlechtmacht. Es ist ein Versuch, darauf hinzuweisen, dass die demokratische Kandidatin einen Fehler begeht, der es schwieriger machen wird, Trump zu besiegen. Um zu gewinnen, muss man mutig sein. Man muss echte, sinnvolle Veränderungen vorschlagen, die die Menschen begeistern und ihnen einen Grund geben, sich zu engagieren und für einen zu stimmen. Man muss seine Bilanz verteidigen, wenn sie angegriffen wird.

Es gibt einige ermutigende Anzeichen dafür, dass Harris versteht, dass die Öffentlichkeit nicht fortschrittsfeindlich ist. Ihre Wahl von Tim Walz zu ihrem Vizekandidaten widersprach der in Washington vorherrschenden Meinung, dass sie sich mit jemandem umgeben würde, der beruhigend zentristisch ist. Aber die Frage ist, was Harris und Walz tun werden, nicht wie sie reden, und wir brauchen ein Programm, das die Öffentlichkeit begeistert.

Nathan J. Robinson ist Gründer und Herausgeber von Current Affairs und Alex Skopic Mitherausgeber. Quelle: currentaffairs.org. Übersetzung: Martin Schwander

Die Schweiz und einseitige Sanktionen

Neutralitätsverlust und Blockdenken

Wenn ein Land sanktioniert werden müsste, wären es die USA; die Schweiz begrenzt sich jedoch ausschliesslich auf die «Feinde» des Westens. Damit folgt die Schweiz dem westlichen Blockdenken und verliert die Möglichkeit, als neutraler Gesprächspartner für diplomatische Lösungen zu wirken.

Von Timeo Antognini

Die Schweiz legt grossen Wert auf ihren Status als neutrales Land. Im Verlauf der Geschichte wurde es zu einer identitätsstiftenden Eigenschaft der Schweiz, und viele Politiker:innen betrachten die Schweizer Neutralität als Erfolgsmodell. Tatsache ist aber, dass die Schweiz weder im Verlauf des (ersten) Kalten Krieges, noch in den letzten 30 Jahren eine wirklich neutrale Position auf internationaler Ebene eingenommen hat.

Ein Blick auf die Sanktionspolitik der Schweiz zeigt, dass sie sich fest auf die Seite des von den USA geführten Westens stellt, und somit ihre Rolle als neutraler Gesprächspartner für diplomatische Lösungen vollkommen verloren hat.

Bei den Sanktionen gilt es zwischen UNO-Sanktionen und einseitigen Sanktionen zu unterscheiden. Als UNO-Mitglied sind von UNO-Sicherheitsrat erlassene nicht-militärische Zwangsmassnahmen für die Schweiz völkerrechtlich verbindlich. Die Schweiz setzt somit diese Sanktionen automatisch um. Auf der an-

deren Seite erlässt die Schweiz aber auch einseitige Sanktionen, die nicht von der UNO beschlossen wurden.

Anspruch auf Neutralität?

Was bedeutet das? Wenn man die Sanktionsliste der Schweiz anschaut, und dabei nur die einseitigen Sanktionen (also Nicht-UNO-Sanktionen) betrachtet, so erkennt man, dass sich die Schweiz klar im westlichen Lager befindet und von den anderen Ländern (hauptsächlich im Globalen Süden) nicht als neutraler Akteur betrachtet werden kann. Einseitige Sanktionen bestehen unter anderem gegen Nicaragua, Venezuela, Belarus, Iran, Syrien und Russland. Die meisten dieser einseitigen Sanktionen folgen den von der EU verabschiedeten Sanktionen. Ein Blick auf die Sanktionsliste der USA zeigt, dass die Schweiz und die EU eine sehr ähnliche Sanktionspolitik wie diese vertreten. Die Schweiz begründet diese Sanktionen mit illegalen militärischen Interventionen, Repression der Opposition, der Verletzung von Menschenrechten und der

Untergrabung der Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Institutionen.

Wo liegt das Problem? Die Sanktionen der Schweiz folgen dem westlichen Blockdenken, Sanktionen werden nur gegen Gegner des Westens ergriffen, während Menschenrechtsverletzungen von alliierten Staaten ignoriert werden. Wenn es nach den oben erwähnten Kriterien gehen würde, müsste die Schweiz in erster Linie Sanktionen gegen die USA erlassen, aufgrund ihrer zahllosen illegalen Interventionen auf der ganzen Welt (Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen...). Sie müsste Saudi-Arabien für grauenvolle Menschenrechtsverletzungen sanktionieren, Israel wegen Völkermords und ethnischer Säuberung, so wie viele weitere Militärdiktaturen, die mit den USA verbündet sind. Auch Sanktionen gegen die Ukraine wegen der Diskriminierung der russischsprachigen Minderheiten und dem Coup gegen Janukowytsch 2014 müssten zur Diskussion stehen. Es gäbe unzählige Länder, die man wegen Menschenrechtsverletzungen sanktionieren könnte, die Schweiz begrenzt sich aber ausschliesslich auf die grössten Feinde des Westens. Alle diese Länder, insbesondere Venezuela, Nicaragua, der Iran und natürlich Russland sind Befürworter einer multipolaren Welt, in der die USA nicht mehr die alleinigen Herrscher sind. Dagegen kämpfen die USA sowie ihre europäischen Vasallen (die EU- und NATO-Länder) mit einem Wirtschaftskrieg, der diese Länder destabilisieren und schlussendlich zum Sturz der Regierungen führen soll. Die Schweiz hat sich aussenpolitisch komplett auf die Seite der westlichen Länder gestellt und somit jeden Anspruch auf Neutralität verloren. Das beste Beispiel dafür war die Bürgenstock-Konferenz, der fast der gesamte Globale Süden fernblieb, und zu der Russland nicht eingeladen wurde.

Die Schweiz ist heute ein fester Bestandteil des westlichen Blocks und verhängt ausschliesslich einseitige Sanktionen gegen die Gegner des Westens. Wenn sie eine wirklich neutrale Position zurückgewinnen möchte, so muss sie sich den blockfreien Staaten annähern. Blockfreie Länder wie Lula Brasilien haben gezeigt, dass sie im diplomatischen Bereich eine wichtige Rolle spielen können. Durch die Unterstützung des westlichen Wirtschaftskrieges gegen unabhängige Staaten verliert die Schweiz ihre Glaubwürdigkeit und ihre besondere Rolle als neutraler Staat.



Die Friedensbewegung fordert «Verhandeln statt Sanktionieren». Quelle: SFB.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

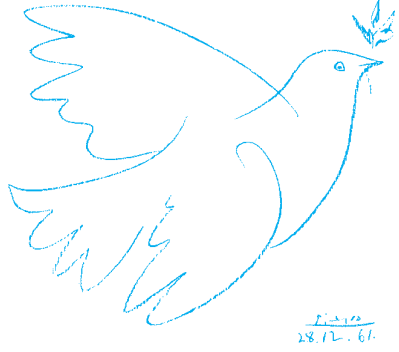
Strasse: _____ Mail: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Fr. 20.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied der Schweizerischen Friedensbewegung SFB werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 50.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein gratis Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Friedensbewegung SFB, Riehentorstrasse 27, Postfach, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Riehentorstr. 27, Postfach, CH-4001 Basel
E-Mail: mail@friedensbewegung.ch
Telefon: 061/681 03 63
Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri
Redaktion: Stefano Araújo, Franziska Genitsch-Hofer, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Ruedi Moser, Ephraim Piatti, Ueli Schlegel, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 4000
Abonnementspreis: mindestens 20 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung. Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!

75 Jahre Kriegsvorbereitung

«Wir müssen die NATO stoppen»

Vor 75 Jahren wurde das NATO-Bündnis gegründet. Mit ihrer kontinuierlichen Erweiterung entwickelte sich die NATO von einem regionalen Militärbündnis zu einer globalen Organisation. Welche Auswirkungen hat die Ausdehnung der NATO auf die Welt? Was ist das Wesen der NATO? Ein Gespräch mit Sevim Dagdelen, prominente NATO-Kritikerin und aussenpolitische Sprecherin der Gruppe Bündnis Sahra Wagenknecht im Deutschen Bundestag.

Frau Dagdelen, Sie schreiben in ihrem neuen Buch, dass die NATO auf dem Höhepunkt ihrer Macht zu sein scheint. Gleichzeitig stürzt sie jedoch in die schwerste Krise seit ihrer Gründung. Warum glauben Sie, dass sich die NATO in einer Krise befindet?

Sevim Dagdelen: Auf dem Washingtoner Gipfel will die NATO im Schlepptau der USA ihre Politik der Eskalation und der Expansion verstetigen. Man träumt davon, es gleichzeitig mit Russland, China und dem Nahen Osten aufnehmen zu können und bereitet sich für eine Konfrontation an «drei Fronten» vor. In der Ukraine führt man einen immer intensiveren Stellvertreterkrieg gegen Russland; gegen China hat man jetzt mit den Strafzöllen auf Elektroautos den ers-

Die USA setzen darauf, viel stärker als bisher noch die Ressourcen der anderen NATO-Mitglieder, insbesondere von Deutschland, zu nutzen, um ihren Stellvertreterkrieg gegen Russland weiter führen zu können. Die deutsche Regierung muss einen sozialen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führen, um die Anforderungen der USA, einer korrupten Ukraine unter die Arme zu greifen, erfüllen zu können. Die USA werfen also die anderen NATO-Mitglieder unter den Bus, um ihre Kriege zu führen. Das kann Jahre so weiter gehen, allerdings mit dem Risiko, dass ganz Europa sozial und ökonomisch absteigt und destabilisiert wird. Zugleich drohen die Europäer in einen dritten Weltkrieg hineingeschickt zu werden, der dann atomar vor allem in Europa ausgeht und bei uns keinen Stein auf dem anderen lassen würde. Die Überlegungen eigener Truppenentsendungen und die Freigabe von Angriffen der Ukraine auf Russland mit deutschen Waffen wirken hier als Brandbeschleuniger.

US-Aussenminister Antony Blinken und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärten kürzlich, China sei Europas «grösste Sicherheitsbedrohung seit dem Ende des Kalten Krieges». Wie bewerten Sie diese Sichtweise? Was ist die eigentliche Ursache dieser Gefahr für Europa?

Die USA setzen darauf, gemeinsam mit ihren NATO-Verbündeten China zu drohen und träumen von der Rückkehr zu einem kolonialen Verhältnis, wo man meint, China sagen zu können, was es zu tun und zu lassen hat. Wir erleben einen sehr gefährlichen Moment in der internationalen Politik durch diese Illusion des Neokolonialismus. Es geht darum, den Wirtschaftskrieg noch härter führen zu können und Russland international zu isolieren, im Glauben, man könne eine Atommacht niederringen. Man setzt darauf, Russland zu ruinieren, um es dann mit China aufnehmen zu können, in der Hoffnung, die alte, nunmehr verbleichende Hegemonie wiedererlangen zu können. Die Entwicklungen der letzten Jahre werden dabei ignoriert. Es geht aber nicht nur gegen China, sondern auch darum, Länder wie Indien und Vietnam gefügig zu machen und für die eigenen Interessen einspannen zu können.

Manche Beobachter sind der Ansicht, dass sich die NATO von einem regionalen Militärbündnis zu einer globalen Organisation entwickelt. Welche Auswirkungen hat die NATO-Erweiterung Ihrer Mei-

nung nach auf die Welt? Hat die NATO-Erweiterung Europa sicherer gemacht?

Die NATO-Osterweiterung ist der Hauptgrund des heutigen Konflikts in Europa. Die USA haben entschieden, Russland an seiner Grenze herauszufordern, etwas, das man auf dem amerikanischen Kontinent gegenüber den USA – siehe die Reaktion in der Kuba-Krise 1962 – niemals zugelassen hat. Wer Frieden will, der muss diese Expansion der NATO stoppen. Das gleiche Konzept der Herausforderung soll nun gegenüber China angewandt werden, vorerst noch über die Sicherheitspartnerschaften mit Australien, Neuseeland, Japan und Südkorea unter Einbindung der Philippinen und auch von Taiwan. Gleichzeitig fördern die USA die militärische Zusammenarbeit zwischen Japan und den Philippinen, um eine Front gegen China aufzubauen. Die NATO unter der Führung der USA arbeitet mit Japan zusammen, was Japan zur wichtigsten Macht gegen China in Asien machen würde, so wie Deutschland in Europa Russland gegenübersteht.

Die NATO behauptet, ein Verteidigungsbündnis mit demokratischen Werten und einem Bekenntnis zu den Menschenrechten zu sein, doch sie hat ständig Kriege auf der ganzen Welt angezettelt. Wie sehen Sie diesen Widerspruch und was ist das Wesen der NATO?

Kernaufgabe der NATO ist, die Hegemoniebestrebungen der USA zu un-

terstützen. Die drei Mythen, um diese Aufgabe zu verschleiern, lauten, die NATO stünde für Völkerrecht, Demokratie und Menschenrechte. Sie blamieren sich angesichts der Wirklichkeit: Allein die USA haben in ihren völkerrechtswidrigen Kriegen in den vergangenen 20 Jahren 4,5 Millionen Menschen getötet. Und was die Menschenrechte angeht, steht ja nicht nur die Verletzung der sozialen Grundrechte von Millionen eigener Bürger in den NATO-Staaten im Vordergrund, sondern auch etwa der Betrieb des Folterlagers in Guantanamo Bay durch die USA.

Seit Ausbruch der Ukraine-Krise sind die Militärausgaben der NATO deutlich gestiegen. Welchen Nutzen haben die steigenden Militärausgaben Deutschland und anderen europäischen Ländern gebracht? Kann die kontinuierliche Steigerung der Militärausgaben die NATO tatsächlich «grösser, stärker und geeinter» machen als je zuvor?

Die Aufrüstung hat bereits 2014 begonnen, als sich die Mitglieder der NATO auf das Zwei-Prozent-Ziel einigten. Für Deutschland etwa bedeutete dies einen massiven Anstieg bei den Rüstungsausgaben. Geld, das jetzt bei Bildung, Gesundheit und Infrastruktur fehlt. Es gibt die Illusion, dass man die ausgemachten Feinde Russland und China wie einst die Sowjetunion tottrüsten könnte, indem man sie zwingt, immer mehr Ressourcen für Rüstung zu verausgaben und so am Ende von innen destabilisiert.

Nur scheint die Geschichte dieses Mal anders herum zu laufen und am Ende werden nur die eigenen Gesellschaften destabilisiert.

Deutschland, Frankreich und Spanien werden Japan besuchen, um an einer gemeinsamen Militärübung teilzunehmen. Wie stehen Sie zu NATO-Staaten, die im asiatisch-pazifischen Raum Militärübungen durchführen? Wenn die NATO sich in den asiatisch-pazifischen Raum ausdehnt, dient dies den Interessen Europas?

Die NATO wird den Hegemonieanspruch der USA im Indopazifik jetzt massiv unterstützen. Das soll den USA helfen, Ressourcen zu sparen. Dabei werden Länder wie Japan, Südkorea oder auch die Philippinen bewusst in eine Konfrontation mit China gebracht. Um diese aufzurüsten oder bei militärischen Drohgesten, als Manöver getarnt, zu unterstützen, setzt man auf eine Intensivierung der militärischen Kooperation. Deutschland soll dabei die Philippinen als antichinesischen Frontstaat ertüchtigen. Es ist eine fatale Strategie, frei nach dem Motto, ein Klientelstaat stützt einen anderen. Der Preis für Frieden und Sicherheit in Europa und Asien ist extrem hoch. Deutschland und Europa brauchen eine andere Aussenpolitik, die auf ein gutes Verhältnis auch zu Russland und China setzt und sich nicht weiter in den Hegemoniekurs der USA einspannen lässt.

Quelle: Global Times



Sevim Dagdelen. Quelle: zVg.

ten Schuss in einem Wirtschaftskrieg abgegeben, zugleich setzt man über Partnerschaftsabkommen auf eine NATO-isierung Asiens, um China einzukreisen und, ähnlich wie Russland mit der NATO-Osterweiterung, herauszufordern. Dieses Engagement verschlingt ungeheure finanzielle Ressourcen, es droht eine Überspannung wie auch eine Selbstisolierung der NATO als Folge des eigenen globalen Hegemonieanspruchs. Man ist nicht bereit, bei Strafe des eigenen Untergangs, die multipolare Welt im Werden zu akzeptieren.

Es wurde berichtet, dass auf der Tagesordnung des NATO-Gipfels möglicherweise auch über den NATO-Beitritt der Ukraine diskutiert wird. Wie viel Unterstützung kann der Westen Ihrer Meinung nach der Ukraine weiterhin zukommen lassen?

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
21. August 2024

Friedensdemo am 3. Oktober in Berlin

Frieden gewinnen

Die Atomkriegsgefahr war nie so gross wie heute – der Widerstand gegen die massive Aufrüstungspolitik und den Kriegskurs der deutschen Bundesregierung muss deutlich ausgebaut werden. Die Initiative «Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder» mobilisiert deshalb zu einer Grossdemonstration am 3. Oktober 2024 in Berlin. Wir dokumentieren ihren Aufruf.

Angesichts der immer bedrohlicheren Kriegssituation und der immer weiter forcierten Aufrüstung und Ausweitung der Kriege, muss die Friedensbewegung ein deutliches Zeichen gegen den militärischen Wahnsinn setzen. Die Initiative «Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder», die schon zum 25. November 2023 in Berlin die Friedensdemonstration organisiert hatte, ruft zu einer grossen Friedensdemonstration am 3. Oktober 2024 nach Berlin auf.

Im Herbst will der deutsche Bundestag den Haushalt 2025 verabschieden, den man nur noch als Kriegsetat bezeichnen kann. Das ist ein Kriegs- und Krisenhaushalt mit Umverteilung von unten nach oben sowie der Ausdruck einer von der Ampel-Regierung unter Mithilfe der Mehrheit der Opposition durchgedrückten gesellschaftlichen Neuorientierung auf Krieg und autoritärer Krisenbewältigung. Die Folge der völlig verfehlten Regierungspolitik sind die Gefahr der Deindustrialisierung, ganz abgesehen vom Demokratieabbau, der bereits stattfindet.

Die Situation in Europa und Nahost entwickelt sich gefährlich in Richtung

Grosskrieg. Statt sich für Frieden einzusetzen, liefert der Westen – einschliesslich der Bundesregierung – immer mehr Waffen und beschleunigt die Eskalation durch die Erlaubnis, diese auch gegen russisches Gebiet einzusetzen. Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht. Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor.

Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Eine «neue» Wehrpflicht droht. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die weltweit nur gemeinsam gelöst werden können, um den Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu erhalten, werden nicht in Angriff genommen.

In dieser politischen Situation gehört Mut dazu, zum eigenständigen

Handeln aufzurufen. Wir haben ihn und wollen den Protest bundesweit auf die Strasse tragen. «Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten» ist unsere Antwort auf die Kriegspolitik der Bundesregierung und die sozialen Konsequenzen deutscher Kriegsbeteiligung sowie die Unterstützung einer uns selbst schädigenden Sanktionspolitik.

Wehrt euch!

Wir wenden uns mit dieser bundesweiten Demonstration an alle Menschen, die mittun wollen, aus der Sackgasse von Konfrontation und Krieg herauszukommen. Lasst uns alte Streitigkeiten, Differenzen, unterschiedliche Einschätzungen zurückstellen, um in dieser Situation grösster Gefahr für den Weltfrieden gemeinsam zu handeln. Wir wollen die Friedensbewegung stärken und viele unterschiedliche Kräfte zum gemeinsamen Handeln ermutigen.

Frieden und Sicherheit gehen nur gemeinsam. Es ist kurz vor 12! Widerstand und Protest – jetzt! Geht auf die Strasse, bildet Initiativen, wehrt euch, seid kreativ, wehrt den Anfängen, die schon längst keine mehr sind!

Weitere Infos:
www.nie-wieder-krieg.org

